



## Förderprogramm von Balkon- Solaranlagen der Gemeinde Lahnuau

An die  
Gemeinde Lahnuau  
Rathausplatz 1-5  
35633 Lahnuau

Antragsnummer: \_\_\_\_\_

(Bitte nicht ausfüllen)

### Antrag zur Förderung einer Balkon-Solaranlage

#### I. Antragsteller\*

\_\_\_\_\_

**Name**

\_\_\_\_\_

**Vorname**

\_\_\_\_\_

**Institution**

\_\_\_\_\_

**Telefon (Tagsüber)**

\_\_\_\_\_

**E-Mail-Adresse**

\_\_\_\_\_

**Adresse**

\_\_\_\_\_

**PLZ**

\_\_\_\_\_

**Ort**

\_\_\_\_\_

**BIC**

\_\_\_\_\_

**Bank**

\_\_\_\_\_

**IBAN**

#### II. Balkonmodul

**Hinweis:** Hinweis: Das Gerät muss eine nachweisliche Konformitätserklärung des Herstellers der gesetzlichen und normativen Anforderungen zu Produktsicherheit z.B. CE Kennzeichnung, Netzanschlussnorm 4105, DGS-Sicherheitsstandart, VDE, verfügen.

Ich beabsichtige die Installation

- eines Balkonmoduls mit einer Leistung von bis zu 300 W (Zuschuss von 100 € pauschal)  
 eines Balkonmoduls mit einer Leistung von bis zu 600 W (Zuschuss von 200 € pauschal)

Folgende Anlage soll installiert werden (Marke und Typbezeichnung): \_\_\_\_\_

- Die Anlage ist beim zuständigen Netzversorger angemeldet  
 Mir liegt das schriftliche Einverständnis des Vermieters zur Nutzung von Balkonmodulen vor  
 Der Nachweis der gesetzlichen und normativen Produktsicherheit liegt dem Antrag bei

### III. der Antrag bezieht sich auf folgendes Objekt in Lahnau

Straße, Hausnummer

---

Haus mit \_\_\_\_\_ Wohneinheit(en)

Wohnungsnummer \_\_\_\_\_ oder  
Lagebeschreibung der Wohnung im Gebäude

teils gewerblich/freiberuflich genutztes Gebäude

gewerblich/freiberufliche Fläche <50%

### IV. Erklärungen

#### Ich versichere, dass

- mir die Förderrichtlinien der Gemeinde Lahnau bekannt sind.
- ich als Miteigentümer oder Verwalter eine Vertretungsbefugnis habe und ein Beschluss der Wohnungseigentümergeinschaft vorliegt.
- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

#### Mir ist bekannt, dass

- zu Unrecht- insbesondere aufgrund unzutreffender Angaben oder wegen Nichtbeachtung der geltenden Richtlinien und Bestimmungen der Zuschusszusage- erhaltene Zuschüsse an die Gemeinde Lahnau zurückzuzahlen sind.
- die Gemeinde Lahnau berechtigt ist, alle in diesem Antrag, im ggf. noch einzureichenden Verwendungsnachweis-/Auszahlungsformular sowie in den jeweiligen Anlagen personenbezogenen und sonstigen Daten zum Zweck der Zuschussbearbeitung zu erheben und, soweit dies zur Aufgabe der Gemeinde Lahnau erforderlich ist, elektronisch zu verarbeiten, zu speichern und auszuwerten.
- mit der Maßnahme erst nach schriftlicher Bewilligung der Gemeinde Lahnau begonnen werden darf.
- die Maßnahme innerhalb von 6 Monaten nach Bewilligung durchgeführt sein muss. (Eine Fristverlängerung bedarf des schriftlichen Antrags beim Umweltbüro der Gemeinde Lahnau)
- es sich bei der geförderten Anlage um eine Neuanlage handeln muss, die nach Bewilligung durch die Gemeinde Lahnau errichtet wird.
- bei den PV-Anlagen die integrierten Wechselrichter den aktuellen einschlägigen VDE-Vorschriften entsprechen müssen.
- die bewilligte Förderung, aufgrund einer verspäteten Vorlage der erforderlichen Nachweise oder aufgrund von Missachtung der einzuhaltenden Anforderungen, durch die Gemeinde Lahnau teilweise oder ganz widerrufen werden kann.

Ich habe die Informationen zur Verarbeitung meiner Daten nach Art. 13 DSGVO gelesen.

---

Datum und Unterschrift

Bitte drucken Sie den Antrag aus und senden Sie ihn mit den erforderlichen Unterlagen an die Gemeinde Lahnau.

\*Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern in dieser Richtlinie nur die männliche Form verwendet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

**Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten nach Art. 13 DSGVO**

Verantwortlicher: Art. 13 Abs. 1 lit. a	Der Gemeindevorstand der Gemeinde Lahnau Die Bürgermeisterin der Gemeinde Lahnau						
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten: Art. 13 Abs. 1 lit. b	Gemeinde Lahnau Der Datenschutzbeauftragte Rathausplatz 1-5 35633 Lahnau dsb@lahnau.de						
Verarbeitungstätigkeit	Zwecke der Verarbeitung Art. 13 Abs. 1 lit. b	Rechtsgrundlage der Verarbeitung Art. 13 Abs. 1 lit. b	Kategorien von Empfängern denen die Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden Art. 13 Abs. 1 lit. e	Übermittlungen von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation Art. 13 Abs. 1 lit. f	Kriterien für die Dauer der Speicherung Art. 13 Abs. 2 lit. a	Notwendigkeit/Pflicht zur bereitstellung der Daten	Automatische Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 u. 4
Förderprogramm von Balkon-Solaranlagen der Gemeinde Lahnau	Bearbeitung Förderanträge für Solaranlagen	Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO, § 3 BDSG, § 3 HDSIG, §§ 5, 50, 51 Nr. 5 HGO	keine	findet nicht statt	Die Daten werden nach der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist dem örtlichen Archiv angeboten	Wenn Sie die Daten nicht bereitstellen, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.	findet nicht statt

**Hinweise auf die Rechte der Betroffenen**

Die betroffene Person hat das Recht von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 Abs. 1 und 2 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z.B. für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen, wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat.

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten vom Verantwortlichen zu erhalten, wenn die in Art. 20 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen zutreffen, z.B. wenn die betroffene Person die personenbezogenen Daten mit ihrer Einwilligung zur Verfügung gestellt hat und die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt (**Recht auf Datenübertragbarkeit**). Dieses Recht gilt nicht für eine Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

**Recht auf Widerspruch und Widerruf**

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht ihre **Einwilligung** zur Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten jederzeit **zu widerrufen**, sofern die Verarbeitung der sie betreffenden Daten auf ihrer Einwilligung für den verfolgten Zweck beruht. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt davon unberührt.

**Dafür genügt eine Mitteilung per E-Mail oder schriftliche Mitteilung an den Verantwortlichen. Die Kontaktdaten finden Sie im Abschnitt „Angaben zum Verantwortlichen“ auf diesem Informationsblatt.**

**Beschwerderecht**

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt (Art. 77 DS-GVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Hessen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

**Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit**  
**Postfach 31 63**  
**65021 Wiesbaden**  
**Telefon: 0611 / 1408-0**  
**Telefax: 0611 / 1408-611**  
**E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de**